

Kanzlerin Merkel

Pragmatikerin auf Europareise

Bundeskanzlerin Merkel will die EU-Mitgliedsstaaten zusammenhalten / Sie wirbt für mehr Sicherheit und mehr Jobs für die Jugend.

Für Angela Merkel ist dieser Montag der erste offizielle Arbeitstag nach ihrem Urlaub, den sie wegen aktueller Ereignisse mehrfach unterbrochen hat. Bereits jetzt ist ihre Agenda wieder voll, soll doch schon in einem Monat, beim EU-Sondergipfel am 16. September in der slowakischen Hauptstadt Bratislava, keine geringere Frage als die nach der Zukunft der Europäischen Union gestellt werden. Der britische Austrittswunsch markiert eine Zäsur und hat die politische Krise des Kontinents noch einmal verstärkt. Die übrigen 27 Mitgliedstaaten sollen nun beraten, wie sie auf die grassierende EU-Skepsis reagieren – und sich Merckels Erwartung zufolge auf einige Grundzüge sowie den weiteren Fahrplan einigen.

Das ist schwer genug. Die Bandbreite der Positionen, die es unter einen Hut zu bringen gilt, reicht vom integrationswilligen Belgien zur EU-skeptischen Regierung Polens. Weil sich mit den Warschauer Rechtskonservativen so schwer neue Europapläne schmieden lassen, meinen einige Euroländer, dass nur sie damit voranschreiten sollten, Europa besser zu machen. Das wiederum will Merkel nicht. "Wir brauchen alle", heißt es im Kanzleramt, "da am Ende einstimmig beschlossen werden muss, wohin es gehen soll." Die Kanzlerin trifft daher in den nächsten Wochen sehr viele Staats- und Regierungschefs, um die Lage zu sondieren. Den Auftakt bildet ein Treffen mit dem EU-Ratspräsidenten Donald Tusk am Donnerstagabend auf Schloss Meseberg, nächsten Montag steht ein Italien-Besuch auf dem Programm. Noch nicht offiziell angekündigt sind anberaumte Treffen mit den vier Visegrad-Staaten in Osteuropa und den Mitgliedstaaten im Norden.

Die Einbeziehung auch der kleineren Länder ist Merkel besonders wichtig. **Denn das Kanzleramt registriert in vielen anderen EU-Hauptstädten die Sorge, dass Deutschland in einer Gemeinschaft ohne Großbritannien noch stärker die Rolle eines europäischen Hegemons zufallen könnte.** Abgestimmt werden soll sich gerade jetzt mit möglichst vielen. Das heißt nicht, dass Merkel nicht mit inhaltlichen Vorstellungen in diese Gespräche geht. Da ist allen voran die Absage an größere Umbauten der EU mit Vertragsänderungen und Kompetenzverlagerungen nach Brüssel, für die vielerorts Volksabstimmungen nötig wären. "Jetzt ist nicht die Zeit für Konvente", heißt es im Kanzleramt zu Forderungen speziell aus dem Europaparlament, über eine solche Versammlung die EU-Konstruktion demokratischer und handlungsfähiger zu machen.

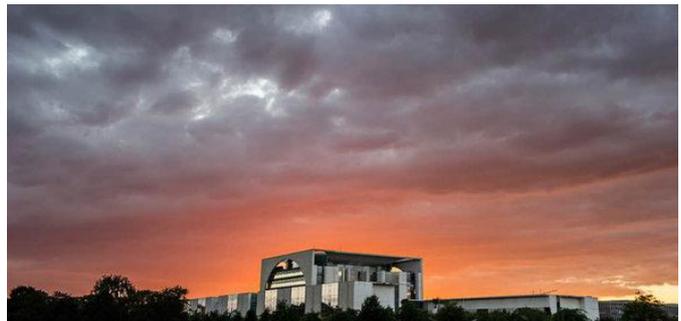
Ergebnisse, mit denen die Bürger "konkret spüren können, wie sehr die EU dazu beiträgt, ihr persönliches Leben zu verbessern", meint Merkel auch im Ist-Zustand erzielen zu können. Die Themen, mit denen Europa punkten soll, hat der Gipfel vom 29. Juni schon umrissen. Es gehe darum, "Sicherheit, Beschäftigung und Wachstum zu gewährleisten und Hoffnung auf eine bessere Zukunft zu geben". Agiert werden müsse "nicht zuletzt im Interesse der jungen Menschen".

In Bratislava dürfte es daher um ein neues EU-Programm gegen Jugendarbeitslosigkeit gehen, deren Quote zwar die Rekordmarke von 23 Prozent 2013 hinter sich gelassen hat, aber mit 18 Prozent weiter hoch liegt. Am weitesten fortgeschritten sind die Ideen in der Sicherheitspolitik. **Ohne die Briten, die der EU-Verteidigungspolitik skeptisch gegenüberstehen, soll ein Hauptquartier aufgebaut, soll die Militärforschung ausgeweitet, und bis hin zu "gemeinsamen Verbänden", wie es im Kanzleramt heißt, stärker kooperiert werden.** Die innere Sicherheit spielt nach der Terrorwelle in Frankreich, Belgien und Deutschland eine große Rolle in den Überlegungen. So befürwortet Merkel, wie in den USA ein "Electronic System for Travel Authorization" (ESta) einzuführen mit Voranmeldung der Einreise für Drittstaatsangehörige. "Die Kanzlerin will dem europäischen ESta einen Push geben", heißt es unter Verweis darauf, dass die EU-Kommission bereits einen Gesetzentwurf bis Jahresende angekündigt hat.

Die Unterstützung der SPD hätte Merkel wohl. Zumindest sagt Außenminister Frank-Walter Steinmeier: "Wir wollen – jetzt mehr denn je – für die Sicherheit der Menschen in Europa sorgen." Anders als Merkel setzt er aber nicht nur auf pragmatische Lösungen, sondern will auch die Währungsunion reformieren, wie er der Badischen Zeitung sagte: "Ein einfaches ‚Weiter so‘ kann es auch allein deshalb nicht geben, weil wir den rechtspopulistischen und europaskeptischen Kräften, die sich in Europa breit machen wollen, nur einen Riegel verschieben können, wenn wir entschieden und trittsicher weiter vorangehen." Bei aller Reisetätigkeit in Europa wird Merkel daher auch noch in Berlin viele überzeugen müssen.



Kanzlerin Angela Merkel Foto: dpa



Im Kanzleramt macht man sich Sorgen um den künftigen Zusammenhalt in der EU. Foto: DPA